**Verordnung über die Änderung
der Verordnung zur vorstädtischen Kleinsiedlung und
Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose.**

Vom 15. Januar 1937.

Auf Grund der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931, Viertes Teil (Wohnungs- und Siedlungswesen) Kapitel II (Landwirtschaftliche Siedlung, vorstädtische Kleinsiedlung, Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose) §§ 21 und 22 (Reichsgesetzbl. I S. 537, 551) und auf Grund der Verordnung über die weitere Förderung der Kleinsiedlung, insbesondere durch Übernahme von Reichsbürgschaften vom 19. Februar 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 341) wird verordnet:

Abchnitt I

Die Verordnung zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose vom 23. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 790) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift fallen die Worte „vorstädtische“ und „für Erwerbslose“ weg.
2. Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Artikel 1

Für Vorhaben, die der Reichsarbeitsminister oder die von ihm bestimmte Stelle als Kleinsiedlung oder Bereitstellung von Kleingärten anerkannt hat, gelten die nachstehenden Vorschriften.“

3. Im Artikel 2 § 1 Abs. 1 ist das Wort „vorstädtischer“ durch das Wort „von“ zu ersetzen.
4. Artikel 2 § 3 erhält folgende Fassung:

„§ 3

(1) Siedler und Siedlerhelfer, die gemäß § 1 beschäftigt werden, gelten für die reichsgesetzliche Unfallversicherung als Arbeiter (§ 544 Abs. 1 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung). § 571 b der Reichsversicherungsordnung findet entsprechende Anwendung.

- (2) Träger der Unfallversicherung ist
- a) bei Vorhaben, die von einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einem von diesen mit der Trägerschaft betrauten

Unternehmen auf eigene Rechnung oder durch Dritte durchgeführt oder betreut werden, der Versicherungsträger, bei dem Eigenbauarbeiten der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes versichert sind; ist hiernach Versicherungsträger ein Gemeindeunfallversicherungsverband, so können nur die Verbandsmitglieder zu Beiträgen herangezogen werden;

- b) bei Vorhaben, die von einem Land oder einem von diesem mit der Trägerschaft betrauten Unternehmen auf eigene Rechnung oder durch Dritte durchgeführt oder betreut werden, das Land;
- c) bei Vorhaben, die von einem Unternehmen durchgeführt oder betreut werden, das vom Reichsarbeitsminister als unmittelbarer Träger von Siedlungsvorhaben zugelassen ist, der Versicherungsträger, bei dem Eigenbauarbeiten der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes versichert sind, in deren Bezirk die Siedlung errichtet wird. Abs. 2a zweiter Halbsatz findet Anwendung.

(3) Abs. 2 gilt auch für die von einem Dritten beschäftigten versicherten Personen.“

5. Im Artikel 3 § 1 Abs. 1 wird hinter Satz 1 unter Ersatz des Punktes durch einen Strichpunkt folgender Halbsatz eingefügt:

„diese Frist kann in besonderen Fällen auf Antrag des aufnehmenden Bezirksfürsorgeverbandes durch die oberste Landesbehörde, bei einer Ausfiedlung von einem Land in ein anderes Land auch durch den Reichsarbeitsminister angemessen, höchstens aber um zwei Jahre verlängert werden.“

6. Im Artikel 3 § 3 Abs. 1 wird hinter Satz 1 unter Ersatz des Punktes durch einen Strichpunkt folgender Halbsatz eingefügt:

„§ 1 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 gilt sinngemäß.“

7. Dem Artikel 3 § 3 Abs. 4 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Bei einer Ausfiedlung von einem Land in ein anderes Land kann auf Antrag des erstattungsberechtigten Bezirksfürsorgeverbandes auch der Reichsarbeitsminister entscheiden.“

8. Artikel 3 § 4 fällt weg.

9. Im Artikel 3 erhalten die §§ 5 bis 7 folgende Fassung:

„§ 5

(1) Wird infolge der Aussiedlung von Kleinsiedlern am Orte der Ansiedlung eine Änderung oder Neuordnung der Gemeinde-, Schul- oder Kirchenverhältnisse notwendig, so stellt die für den Ansiedlungsort zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle fest, welche einmaligen Leistungen die Gemeinde, aus deren Bezirk ausgesiedelt wird, im öffentlichen Interesse zu bewirken, namentlich welche Anlagen sie herzustellen hat. Bei einer Aussiedlung von einem Land in ein anderes Land kann auf Antrag der Gemeinde, aus deren Bezirk ausgesiedelt wird, die Feststellung auch durch den Reichsarbeitsminister erfolgen.

(2) Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann die Bestellung von Sicherheiten für die Erfüllung der Leistungen anordnen. Bei einer Aussiedlung von einem Land in ein anderes Land kann auf Antrag der Gemeinde, aus deren Bezirk ausgesiedelt wird, die Anordnung auch vom Reichsarbeitsminister getroffen werden.

§ 6

Die Gemeinde, aus deren Bezirk ausgesiedelt wird, hat den Gemeinden, Gemeindeverbänden, Schulunterhaltungsträgern, Kirchengemeinden und anderen Trägern öffentlich-rechtlicher Pflichten, in deren Bezirk Kleinsiedler angesiedelt werden, die laufenden Aufwendungen zu erstatten, die bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Bezug der Stellen infolge der Ansiedlung notwendig werden. § 1 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 gilt sinngemäß. Auf Verlangen sind angemessene Vorschüsse zu leisten. Streitigkeiten über die Erstattung von Kosten oder die Leistung von Vorschüssen entscheidet die für den Ansiedlungsort zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Bei einer Aussiedlung von einem Land in ein anderes Land kann auf Antrag der Gemeinde, aus deren Bezirk ausgesiedelt wird, die Entscheidung auch vom Reichsarbeitsminister getroffen werden.

§ 7

Die Vorschriften der §§ 1, 2, 3, 5 und 6 gelten nur insoweit, als die Gemeinde und der Bezirksfürsorgeverband, aus deren Bezirk Kleinsiedler ausgesiedelt werden, der Aussiedlung zustimmen. Die Zustimmungen können durch die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle, bei einer Aussiedlung von einem Land in ein anderes Land auch durch den Reichsarbeitsminister ersetzt werden. Die Zustimmungen sollen möglichst vor der Aussiedlung eingeholt werden.“

10. Artikel 3 § 8 fällt weg.

11. Im Artikel 3 § 9 Abs. 1 Satz 2 tritt an die Stelle der Nr. 6 die Nr. 5.

12. Artikel 3 § 10 fällt weg.

13. Im Artikel 3 erhält § 11 folgende Fassung:

„§ 11

Die Vorschriften der §§ 5, 6 und 9 finden nur insoweit Anwendung, als nicht der Berechtigte und der Verpflichtete eine abweichende Vereinbarung getroffen haben, der die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle, bei einer Aussiedlung von einem Land in ein anderes Land der Reichsarbeitsminister zugestimmt haben.“

14. Im Artikel 4 fallen die Worte „für Erwerbslose“ weg.

Abchnitt II

(1) Abschnitt I Arn. 5 und 6 treten mit Wirkung vom 23. Dezember 1934 in Kraft.

(2) Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, den Wortlaut der Verordnung zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose vom 23. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 790), wie er sich aus den in dieser Verordnung getroffenen Änderungen ergibt, mit fortlaufender neuer Paragraphenfolge im Reichsgesetzblatt bekanntzugeben.

Berlin, den 15. Januar 1937.

Der Reichsarbeitsminister

In Vertretung des Staatssekretärs

Kettig

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung

Pfundtner